

## **Rede zum Gedenken an Charles Werabe von Sascha Schmidt (DGB Frankfurt-Rhein-Main) vom 23.10.2024**

Liebe Freund\*innen und Freunde,

liebe Anwesende

Der Mord an unserem Mitbürger Charles Werabe ist kein Einzelfall.

Er reiht sich leider ein, in eine erschreckend lange Liste rechtsmotivierter Morde in der Bundesrepublik - und auch in unserem Bundesland.

Seit 1990 wurden nach Zählung der Amadeu Antonio Stiftung 219 Menschen aus rassistischen, anti-semitischen oder anderen menschenverachtenden Motiven getötet.

In Hessen wurden nach den Erkenntnissen meiner Kollegin Yvonne Weyrauch und mir, seit 1990 mindestens 20 Menschen Opfer rechter Gewalt. Vier weitere Menschen wurden von hessischen Neonazis außerhalb Hessens ermordet. Hinzukommt unser hessischer Mitbürger, Enver Simsek, das erste Opfer der NSU-Mordserie, der in Schlüchtern lebte und in Nürnberg ermordet wurde.

Doch nicht alle diese Taten sind offiziell als politisch motiviert anerkannt.

Lediglich 116 Morde werden seitens der Bundesregierung offiziell anerkannt.

Der Großteil der nicht anerkannten Fälle fällt in den Zeitraum zwischen 1990 und 2000. Dies liegt insbesondere daran, dass damals Taten noch anhand des sehr engen Kriteriums „extremistisch“ beurteilt wurden. Also nur, Taten, die sich gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ richten und auf eine „Systemüberwindung“ abzielten.

Die Polizei ging bei den Ermittlungen oftmals einer rechten Gesinnung überhaupt nicht nach. Schließlich wurden politische Motive auch seitens der Staatsanwaltschaften oder der Gerichte vielfach relativiert oder ignoriert.

All dies spiegelt sich auch in der Geschichte rechter Morde in Hessen wider. Charles Werabe gilt laut der Statistik des Bundeslandes Hessen - nach Halit Yozgat, der durch den NSU in Kassel im Jahr 2006 ermordet wurde – erst als das zweite Opfer rechter Gewalt in Hessen. Ob er vor Bekanntwerden des NSU-Mordserie anerkannt worden wäre, oder die Tat damals eher als Milieu-Tat bezeichnet worden wäre, ist fraglich.

Alle 6 Opfer rechter Gewalt auf hessischem Boden, die vor dem Jahr 2006 ermordet wurden, sind bisher noch nicht vom Land Hessen anerkannt.

Demgegenüber sticht der Umgang mit dem Mord an Charles Werabe in Limburg positiv heraus. Im Zuge der Gerichtsverhandlung machte die Richterin deutlich, dass die Tat (Zitat) „aus niedrigen Beweggründen – nämlich aus Fremdenfeindlichkeit“ verübt wurde.

Und auch der daraus folgende Umgang in Bezug auf das Gedenken und die Einweihung der Gedenktafel im Jahr 2018 ist positiv zu würdigen.

Denn mit diesem Umgang hat die demokratische Zivilgesellschaft und die Verantwortlichen der Stadt Limburg deutlich gemacht, dass solche grauenvollen, rechten Gewalttaten niemals ignoriert und die Opfer rechter Gewalt niemals vergessen werden dürfen.

In verschiedenen Bundesländern wurden in den letzten Jahren Beiräte unter wissenschaftlicher Begleitung eingerichtet, um bisher nicht anerkannte Fälle von Opfern potentieller rechter Gewalttaten zu untersuchen. Immer wieder wurden daraufhin Todesopfer nachträglich anerkannt.

Ein solcher Beirat steht in Hessen noch aus.

Wie wichtig, auch rückwirkend, zivilgesellschaftliches Engagement diesbezüglich vor allem für die Angehörigen der Opfer sein kann, zeigte der Umgang mit dem Mord an Ali Bayram in Darmstadt.

Der fünffache Familienvater wurde am 18. Februar 1994 in seiner Wohnung in Darmstadt vor den Augen seiner Tochter von einem Nachbarn mit einer 9-Milimeter-Pistole erschossen.

Seine Tochter, die heutige Schauspielerin und Botschafterin im hessischen Landespräventionsrat zur Kriminalitätsvorbeugung, Asli Bayram, wurde durch eine Schusswunde am Arm verletzt.

Der Täter gab als Motiv an, sich durch den Lärm der türkischen Nachbarn gestört gefühlt zu haben. Ali Bayrams Ehefrau äußerte im Prozess, dass der Nachbar schon Monate vor der Tat mit Mord gedroht habe und rassistische Beleidigungen von sich gegeben habe. Zwar wurde der Täter im Februar 1995 wegen Totschlags zu neun Jahren Haft verurteilt. Ein politisches Motiv wollte das Gericht jedoch nicht erkennen.

30 Jahre später erkannte jedoch die Stadt Darmstadt dieses menschenverachtende Motiv an. Eine Stadtverordnete hatte sich im Zuge eines Vortrags von meiner Kollegin und mir in Darmstadt über den Fall informiert und einen Antrag in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung gestellt, mit dem das politische Motiv anerkannt werden, ein Gedenken initiiert und eine Straße nach Ali Bayram benannt werden sollte. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wie bedeutsam all dies auch 30 Jahre nach der Tat für die Familie war, spürten rund 200 Anwesende der Gedenkveranstaltung am 18. Februar dieses Jahres in Darmstadt, im Zuge der Reden der Familienmitglieder.

Asli Bayrams Dank an alle Beteiligten, einen Tag später auf ihrem Instagram Account endete mit den Worten: (ich zitiere): „Mit einem erneuten Glauben an die Kraft der Menschlichkeit“.

Wir können die Ermordeten nicht wieder lebendig machen. Wir können die Wunden der Angehörigen der Opfer von rechter Gewalt niemals heilen.

Aber wir können versuchen, ihnen mit unserem Engagement und Mitgefühl, zumindest einen Hauch eines Gefühls von Mit-Menschlichkeit zu geben.

In Gedenken an alle Opfer rechter Gewalt in Hessen.

Um es mit den Worten von Ferhat Unvar – einem Opfer des Terroranschlags von Hanau zu sagen: „Tod sind wir erst, wenn man uns vergisst“

In Gedenken an:

Mohideen Mohamed Mulatta  
Mohideen Nelofa Zeenai  
und ihr einjähriges Kind

Blanka Zmigrod

Ali Bayram

Piotr Kania

Enver Şimşek

Dorit Botts

Halit Yozgat

Charles Werabe

Walter Lübcke

Gökhan Gültekin

Sedat Gürbüz

Said Nesar Hashemi  
Mercedes Kierpacz  
Hamza Kurtović  
Vili Viorel Păun  
Fatih Saraçođlu  
Ferhat Unvar  
Kaloyan Velkov  
#say their names